Nummer 123 | Halle, Dienstag, den 29. Mai 1923 | 58. Jahrgang
Einzelpreis: 200,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3700.00 Mark, durch die Post frei ins Haus zugestellt 3700.00 Mark, in unseren Ausgabestellen abgeholt 3000.00 Mark monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr 140.00 Mark, im auswärtigen Verkehr 200.00 Mark. Reklamen die Millimeter-Zeile 500.00 Mark im Ortsverkehr und 600.00 Mark im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Nummer 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: Saalezeitung Hallesaale. Bank-Konto: Landbank Filiale Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 17. Fernsprecher-Sammelnummer: Saalezeitung Hallesaale. Bank-Rechnung an der Saale. Bezugsbedingungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Tischlerstraße 24, Fernsprecher 2615. Erstklassiger und sachkundiger Einkauf sowie die bestmöglichsten Tagespreise für alle Rohprodukte.

Die Regierung zum Garantieangebot.

Die Stellung der Gewerkschaften zu den Vorschlägen der Industrie / Italiens Abrücken von Poincaré / Der Aufruhr an der Ruhr geht weiter / Krawalle auch in Dresden.

Die „Diktatur des Proletariats".

Kommunistische Hoffnungen.

(Eigene Drahtmeldung.)

Dortmund, 29. Mai.

Die Anzeichen mehren sich, daß die kommunistische Bewegung im Ruhrgebiet weitere Ausdehnung annimmt. Ein Aufruf der Kommunisten fordert die Diktatur des Proletariats und besagt, daß „der jetzige Lohnkampf gegen den Verrat der Sozialdemokratie für die Arbeiterregierung im ganzen Reiche geführt werde". Im Landkreis Gelsenkirchen ist der Streik mit Ausnahme der Schachtanlagen „Unser Fritz" und „Wilhelm" in Manne allgemein. Neue Ruhestörungen haben sich jedoch nicht ereignet. Gerüchte, die von neuen Unruhen in Bochum während des gestrigen Tages und vom Eintreffen französischen Militärs sprechen, werden von maßgebenden Stellen nicht bestätigt. In Essen dauerten die Plünderungen von Lebensmittelgeschäften noch gestern abend an. Bei Zusammenstößen wurden mehrere Personen getötet und eine Anzahl anderer schwer verletzt. In Gelsenkirchen zog gestern nachmittag ein großer Trupp Kommunisten, in ihrer Mitte etwa 75 Mann, die von den Aufrührern aus Schacht 3 und 4 der Zeche „Konsolidation" herausgeholt worden waren, bis zur Wiese. Dort hielt einer der Führer an die Kameraden eine Ansprache, in der er die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden darlegte. Darauf wurden die Gefangenen mit der Warnung freigelassen, nicht einzufahren, sonst würden sie rücksichtslos totgeschlagen. Die Lage im Gelsenkirchener Bezirk gilt als sehr kritisch.

*

London, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Amtlichen englischen Stellen wird erklärt, daß die Lage im Ruhrgebiet die Entwicklung der internationalen Lage aufs schwerste beeinflussen könnte. Die Auffassung, daß die französische Besatzungsbehörde für die gegenwärtigen Verhältnisse verantwortlich sei, wird jedoch abgelehnt. (!) Um so entschiedener lauten die Aeußerungen, die man auf seiten der englischen Arbeiterpartei hören kann. Die Entrüstung gegen Frankreich ist groß. Denn man hat nicht den geringsten Zweifel daran, daß die Unruhen unter dem Schutz der französischen Behörden von Moskau aus in das Ruhrgebiet hineingetragen wurden. Auch die im Ruhrgebiet befindlichen englischen Berichterstatter weisen auf die ausländischen Einflüsse hin. Der „Daily Telegraph" berichtet: „Es handelt sich nicht um Lohnfragen oder um die Frage der Lebensmittelpreise, sondern es ist lediglich ein Kampf um die Macht, der dazu benutzt werden soll, die Sowjetrepublik im Ruhrgebiet zu errichten. Dieses Ziel wird von den Führern der Bewegung verfolgt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Bevölkerung dadurch dem Hunger ausgeliefert wird."

Neue Krawalle in Dresden.

Das gleiche System wie an der Ruhr.

Dresden, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern kam es in Dresden wieder zu Krawallen der Arbeitslosen, die verschiedentlich die Polizei angriffen. Das Geschäftsleben in Dresden ist vollständig lahmgelegt, und zahlreiche Fremde sind eiligst abgereist. Die Polizei machte von ihren Gummiknüppeln Gebrauch, nachdem die Demonstranten der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht Folge gaben. Der Rat und das Polizeipräsidium erlassen eine gemeinschaftliche Bekanntmachung, in der die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt wird. Wie amtlich mitgeteilt wird, befinden sich unter den Demonstranten Agitatoren, die die Arbeitslosen für ganz andere, und zwar anarchistische und reaktionäre Zwecke vorzuschieben trachten. In den Abendstunden trat wieder Ruhe ein. Das Polizeipräsidium ist durch eine dichte Kette von Schutzleuten gesichert. Der Rat der Stadt hat beschlossen, 500 Millionen Mark zur Linderung der Erwerbslosennot zur Verfügung zu stellen.

*

Kommunistische Experimente.

Gewaltsame Preissenkung in Essen.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Essen: Die kommunistischen Anstrengungen zur Senkung der Warenpreise werden fortgesetzt. Zwischen Vertretern der Metzger, der Viehhändler, der Landwirtschaft und einer kommunistischen Kontrollkommission fanden gestern morgen auf dem Schlachthof Verhandlungen über eine Preisregelung für Fleisch-, Wurst- und Fettwaren statt. Von der Kontrollkommission wurde auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, und sie erklärte, die Menge nicht mehr in der Hand behalten zu können, wenn in der Preissetzung für Fleisch- und Wurstwaren kein Entgegenkommen gezeigt werde. Von seiten der Metzger, der Vertreter der Landwirte und Viehhändler wurde die Erklärung abgegeben, daß sie bereit seien, angesichts der Lage Entgegenkommen, soweit es wirtschaftlich möglich sei, zu zeigen. Die Waren sollen zum Einkaufspreis abgegeben werden.

Freigabe der Auslandswerte?

Mannheim, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem die Besetzung der Höchster Farbwerke aufgehoben worden ist, rechnet man damit, daß in den nächsten Tagen auch die Besetzung der Badischen Anilinfabrik aufgehoben werden wird. Tatsächlich sind die französischen und elsässischen Arbeiter, die die Franzosen zur Abbeförderung der Farben eingestellt hatten, bereits abgelehnt und die Posten vor den Farblagerhäusern zurückgezogen worden.

Ein offizieller Kommentar.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 29. Mai.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Zu der Frage der Garantien für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkt der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wieweit die Darlegungen des Schreibens über die Bemessung und Verteilung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Verwertung finden können. Denn so sehr es zu begrüßen ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich bereit finden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entbindet dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände führend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien umrissen und von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

*

Wie uns ein Telegramm unserer Berliner Schriftleitung berichtet, haben auch die gestrigen Besprechungen Cunos mit den Parteiführern das eine deutlich erkennen lassen, daß der Kanzler unverrückbar fest auf dem Abwehrwillen besteht. Die Gerüchte, daß Cunos Stellung kritisch geworden und das Kabinett in Gefahr sei, sind nicht ernst zu nehmen, denn von der Unmöglichkeit einer Regierungskrise in diesem schicksalsschweren Augenblick ist man in allen ernst zu nehmenden Parteien überzeugt.

Eine Diskussionsbasis.

Die Denkschrift im Urteil der Gewerkschaften.

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus maßgebenden Kreisen der Gewerkschafts-Organisation wird mitgeteilt, daß die Ausarbeitung des Reichsverbandes der deutschen Industrie auch von den Gewerkschaften als eine Diskussionsbasis sehr wohl angenommen werden kann, wenn auch einzelne Punkte des Memorandums noch der Klärung bedürfen. Der Grundgedanke des Schreibens, das die Haftung der deutschen Wirtschaft eine innerdeutsche Angelegenheit ist, und daß eine unmittelbare Haftung dem Auslande gegenüber nicht in Frage kommt, wird von den Gewerkschaften anerkannt. Die Forderung der Industrie nach größerer Tariffreiheit und die Frage des Achtstundenteges ist dagegen von den Gewerkschaften mit einer gewissen Beunruhigung aufgenommen worden. Das vom Reichswirtschaftsrat verabschiedete Arbeitszeitgesetz für gewerbliche Arbeiter, das die Zustimmung der Arbeitgeber gefunden hat und auf das auch jetzt in dem Memorandum der Industrie hingewiesen wird, wird von den Gewerkschaften abgelehnt. Der Aufhebung der Demobilmachungsvorschriften könnte, so wird weiter erklärt, von den Gewerkschaften zugestimmt werden, wenn an ihre Stelle Gesetze treten, die den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt seien.

Belgien besteht auf Prüfung.

„Nicht länger hinausschieben!"

(Eigene Drahtmeldung.)

London, 29. Mai.

Reuter erfährt aus sicherer Quelle, daß die französisch-belgische Zusammenkunft in Paris, und zwar im Laufe dieser Tage, stattfinden werde. Die belgische Regierung habe zu verstehen gegeben, daß sie eine gründliche Prüfung der gegenwärtigen Situation nicht länger hinausgeschoben wissen wolle. Auch der Brüsseler Korrespondent des „Petit Parisien" glaubt mitteilen zu können, daß die Konferenz noch im Laufe der nächsten Tage stattfinden werde. Dem Pariser Blatte „Intransigeant" zufolge kommt der belgische Reparationsplan, der bekanntlich vorige Woche im Pariser Auswärtigen Amt überreicht worden ist, zu dem Schluß, daß aus den für die Reparationszahlungen verwendeten deutschen Eisenbahneinnahmen, sowie aus einem deutschen Tabak- und Zollmonopol 2 Milliarden Goldmark jährlich gewonnen werden könnten. Der belgische Plan sehe auch eine Beteiligung der Alliierten an der deutschen Industrie vor.

Heutiger Stand des Dollars 59825!

Vor schweren Entscheidungen.

Die Vorarbeit zur Note.

Der Zeitpunkt, da die deutsche Regierung auf die Antwortnoten aus London und Rom und auf die offenkundigen Aufforderungen der ausländischen Presse hin mit einer zweiten Angebotsnote herauskommen muß, rückt immer näher. Daß sie nach der ganz unverdient schroffen Ablehnung ihrer Note vom 2. Mai nicht einfach gekränkt schweigen kann, wie es vereinzelte Heißsporne auf der äußersten Rechten vorschlagen, ist selbstverständlich. Gekränktes Selbstgefühl muß in entscheidenden Momenten nationaler Existenzfragen ausgeschaltet werden, und mit Schweigen und passivem Widerstand allein würden die Franzosen und Belgier wohl kaum aus dem Ruhrgebiet und vom Rhein weggebracht werden können. Aber wenn man einmal antworten soll und muß, so kann diese Antwort auch nicht ungebührlich lange hinausgeschoben werden. Dies um so weniger, wenn die Zeitumstände eine lange Verzögerung nicht mehr gestatten. Wer aber die traurigen Begebenheiten im Ruhrgebiet aufmerksam verfolgt, der wird leicht erkennen, daß ein langes Aufschieben einer entscheidenden Antwort und ein passives Geschehenlassen die innerpolitischen Zustände nur verschlimmern kann. Die aufs äußerste gequälte und gepeinigte Bevölkerung an Ruhr und Rhein muß baldigst wenigstens eine Aussicht auf energischen Befreiungswillen der deutschen Reichsregierung sehen, wenn sie aus der dunklen Schlucht, durch die sie jetzt getrieben wird, noch an einen Ausweg glauben soll. Daß das unfertige Londoner Kabinett das Herausbringen einer deutschen Antwort nicht allzulange verzögern darf, ist schon um deswillen zuzugestehen, weil die neue Note ja nicht nach dem Diktat von London geschrieben werden kann und soll, sondern höchstens nach Fühlungnahme mit einflußreichen Regierungsleuten, deren Ansichten heute bereits erkundet werden können.

Aber je näher der Zeitpunkt der Fertigstellung der neuen Note herankommt, um so schwieriger wird die Arbeit. Ueber eins dürfte man sich in allen politischen Kreisen Deutschlands einig sein: das zweite deutsche Angebot muß die formellen und inhaltlichen Mängel vermeiden, die dem ersten eine so schroffe Ablehnung eingetragen haben. Nach der formalen Seite hin ergeben sich diesmal von vornherein einige Erleichterungen gegen früher, weil aus der englischen und italienischen Antwortnote deutlich zu ersehen ist, daß auf eine Reihe schwieriger und strittiger Fragen diesmal nicht wieder eingegangen zu werden braucht. Auch darf wohl angenommen werden, daß aus dem Pressekommentar zu den ablehnenden Noten Londons und Italiens die Reichsregierung diesmal besser als am 2. Mai die Stimmung und Erwartung des verhandlungsbereiten Auslandes kennengelernt hat. Aber inhaltlich bleiben noch genug Schwierigkeiten zu überwinden. Die englischen und französischen Ratschläge gehen vor allem auf ein annehmbares Reparationsangebot hinaus. Das heißt mit anderen Worten, daß mehr angeboten werden soll, und daß dieses Mehr auch noch mit sicheren Garantien umgeben sein muß. Nun hat nach deutscher Auffassung die erste deutsche Angebotsnote vom 8. Mai bereits die äußerste Grenze dessen erreicht, was Deutschlands Leistungsfähigkeit und ehrlicher Erfüllungswille glaubte versprechen zu können. Darüber hinaus war noch der Vorschlag von Hughes von deutscher Seite wiederholt worden, wonach ein internationales Sachverständigenkomitee von sich aus die deutsche Leistungsfähigkeit prüfen und festsetzen solle, wenn die Alliierten glaubten, daß Deutschland mehr als das Angebotene zahlen könne. Aber diese Formulierungen in der deutschen Note waren reichlich „elastisch" und unbestimmt. Sie könnten zweifellos in der neuen Note bestimmter und greifbarer ausgedrückt werden, ohne daß dadurch der Eindruck entstünde, als ob die Note vom 2. Mai unter dem Druck von London und Rom wider die Ehrlichkeit erhöhte Angebote mache. Die Parteien der Mitte und die Sozialdemokratie vertreten entschieden diese Ansicht und suchen sie dem Reichskanzler und seinem Außenminister als richtig darzustellen. Auf alle Fälle wünschen sie, daß nicht der Anschein erweckt werde, als ob um einiger Milliarden willen die Befreiung Deutschlands aus unerträglicher Lage verstümmt werde. Sie schlagen deshalb auch Formulierungen vor, die der vom Reichskanzler Cuno feierlich aufgestellten und verkündeten Richtlinie des Handelns nach den Grundsätzen vom „ehrbaren Kaufmann" nicht zuwiderlaufen. Man muß abwarten, ob die dringenden Ratschläge der maßgebenden fünf Parteien beim Reichskanzler und seinem Außenminister Gehör finden.

Auch die Sicherung des Angebotenen, die diesmal ausführlicher und bestimmter als am 2. Mai formuliert werden muß, ist nicht ohne Schwierigkeiten. Damals war als höchste Sicherung ein Gesetzgebungsakt in Aussicht gestellt, der die Wirtschaftskräfte Deutschlands zur Uebernahme der erforderlichen Opfer zwingen werde. Man kann sich eigentlich eine größere Sicherheit schwer vorstellen. Aber im Ausland ist nun einmal die Ansicht verbreitet, daß die deutschen Wirtschaftskräfte, insbesondere die deutsche Industrie, immer wieder Mittel und Wege finden würden, sich ihren Opferpflichten zu entziehen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß diesmal schon vor Abfassung der Note der Zentralverband der deutschen Industrie sich freiwillig bereit erklärt hat, die notwendigen Opfer auf sich zu nehmen. Die Bedingungen, die er an sein Angebot geknüpft hat, vermutlachen allerdings, wie uns von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, gerade in den Parteien der Mitte einiges Unbehagen. Gesetze, die von der Reichsregierung und der Volksvertretung erlassen sind, verlangen Erfüllung. Keine Wirt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230529019/fragment/page=0001

schaftsgruppe darf da Bedingungen stellen. In der Aussprache vorher mag man eine klare Lage schaffen. Das wird geschehen, auch in den Verhandlungen mit der Landwirtschaft und dem Handel. Die nächsten Tage sind noch völlig mit Aussprachen zwischen der Reichsregierung, den Parteiführern und den Trägern der deutschen Wirtschaftskraft ausgefüllt. Dann wird die endgültige Formulierung des zweiten deutschen Angebotes erfolgen und der Termin bestimmt werden, an dem es den fünf Großmächten überreicht werden soll, welche die Note vom 2. Mai erhalten haben. Jedermann fühlt, daß diese Woche wieder einmal über das Schicksal und die Zukunft Deutschlands entscheidet.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen über die Erhöhungen der Bergarbeiterlöhne haben erst über das Nurgebiet eine Einigung ergeben. Die Besprechungen über die anderen Reviere (Oberschlesien, Mitteldeutschland, rheinische Grubenbezirke und Bayern) konnten gestern nicht mehr zum Abschluß gebracht werden. Da eine unmittelbare Verständigung nicht zustande kam, wird heute ein Schiedsgericht einen Spruch für diese Reviere fällen.

Oppau von den Franzosen besetzt.

Ludwigshafen, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Heute früh 5/6 Uhr haben die Franzosen Oppau besetzt. Die Belegschaft verließ die Betriebe. Fünf Chemiker und Ingenieure wurden von den Franzosen festgehalten. Das ganze Werk ist bis auf eine Wache geräumt. Es steht noch nicht fest, wann der Betrieb wieder freigegeben wird.

Baldwin als Führer der englischen Konservativen. Aus London wird berichtet: Baldwin ist gestern von der konservativen Partei zum Führer gewählt worden. Nach der Sitzung traten die Minister zu einem Ministerrat zusammen.

Neudeutsche Parlamentssitten.

Kommunistische Propaganda auf dem — Provinziallandtage.

(Eigener Bericht.)

Merseburg, 29. Mai 1923.

In der Fortsetzung der Haushaltsaussprache ergriff nach dem Zentrumsredner, dem Abg. Schilling, das Wort der kommunistische Parteisekretär Schippa, der in trauter Gemeinschaft mit seinem Genossen, dem Schaumschläger und Zwischenrufer Walkstab, das erfreulichste Moment in dem Provinziallandtag bildet. Erheiterte durch die Inhaltlosigkeit und Naivität der Ausführungen, betrüblich aber in der Hinsicht, daß sie — der eine durch seine schaumschlägerische Frechheit, der andere durch unverantwortliche Flachheit des Denkens in verantwortungsvollen Fragen — Verrohung der Parlamentssitten, Verrottung des politischen Lebens herbeiführen. Was Schippa zum Haushalt der Provinz zu sagen hatte, war ebenso nichtssagend wie von Unwissenheit strotzend. Er verlangte Abbau der oberen Beamtenstellen, er bemängelte, daß nicht die Folgerungen gezogen worden seien, als der Landeshauptmann Reichsminister wurde, und mußte sich erst aus dem Plenum unter schallendem Gelächter belehren lassen, daß der Landeshauptmann, solange er Minister ist, kein Gehalt bekommt. Mit enttäuschtem Gesicht sah der betrübte Lohgerber seine Felle wegschwimmen, und es bedurfte seiner ganzen Volksversammlungsunverfrorenheit, um an das rettende Ufer des allgemeinen politischen Gelaberts zu springen. Denn was dann kam, hatte mit dem Provinzialhaushalt so viel zu tun, wie Logik mit dem Inhalt einer kommunistischen Rede, nämlich nichts. Er hielt eine Werberede für politische Kinder, die der Landtag über sich ergehen lassen mußte, bis nach 1½stündiger Dauer eine Flucht aus dem Saale einsetzte. Ein VSPD-Abgeordneter hatte zudem die Unvorsichtigkeit begangen, den Stier zu reizen, worauf der Kommunist Töne von sich gab wie diese: „Sind Sie vom Mond gefallen?“ und von der „bis auf den Hund verlausten“ Sozialdemokratie sprach. Die Antwort werd ihm nicht geschenkt. Wenn es Schippa Ernst war mit der verlangten Verringerung der Provinzialausgaben, so hätte er zuerst an seiner zweistündigen Rede sparen können, die, wie alles unnütze Gerede, die Verhandlungen in die Länge zieht und die nicht unerheblichen Ausgaben erhöht.

Der Etat wurde schließlich an den Haushaltsausschuß gegeben zur Weiterberatung und Beschlußfassung in den nächsten Tagen.

In erster und zweiter Lesung wurden angenommen die Satzung des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt und die Gebührenordnung für die Genehmigung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte durch das Landesarbeitsamt. Eine erhebliche Anzahl Bittschriften, die Zuschüsse verlangten für die Gruson-Gewächshäuser in Magdeburg, das Reinhardter Elisabethstift usw. wurden an die zuständigen Ausschüsse weitergegeben.

*

Der Dienstagvormittag war mit Beratungen der Ausschüsse angefüllt. Das Plenum trat um 2 Uhr mittags wieder zusammen.

Die Bürgschaftsdenkschrift der Industrie.

Verlangen nach einschneidenden Wirtschaftsreformen.

In dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie **an den Reichskanzler, das vom 25. Mai datiert ist, heißt es:**

Herr Reichskanzler! In dem deutschen Angebot vom 2. Mai hat die Reichsregierung erklärt, daß sie bereit sei, „nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen auch auf gesetzlichem Wege dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihedienstes herangezogen wird“. Nachdem die Gegenseite nun eine Substantiierung der Garantien forderte, haben Sie zu erkennen gegeben, daß es Ihnen erwünscht wäre, von dem Präsidium des Reichsverbandes eine Erklärung darüber zu erhalten, in welchem Umfange und vor allem in welcher Form es die Heranziehung der Industrie und Wirtschaft als Garant für den Anleihedienst für angängig und möglich erachtet. Diesem Ersuchen entsprechend, beehrt sich das Präsidium, das an dem Zustandekommen der obigen Note mitgearbeitet hat, nach eingehender Prüfung folgende Stellungnahme zu der gestellten Frage zu übermitteln:

1. Nach dem Vertrag von Versailles hatten für die Reparationen ausschließlich Vermögens- und Einnahmequellen des Reiches und der Länder, seine Verfassung des Privateigentums hat gemäß den Völkerrechtsgrundsätzen nicht stattgefunden. Der Zugriff des Staates auf seine Bürger und insbesondere auf die Wirtschaft ist eine reine innerdeutsche Angelegenheit. Die unmittelbare Haftbarmachung gegenüber dem Auslande ist ausgeschlossen. Im innerdeutschen Verhältnis ist der Staat erster Schuldner für die Reparationen. Er ist deshalb gegenüber den Bürgern wie auch gegenüber der Entente verpflichtet, zunächst die ihm gehörigen Pfandobjekte des Reiches und der Länder im Rahmen der Möglichkeit auszuwerten. Reichen diese nicht aus, so hat er die Gesamtheit des Volkes nach Maßgabe der Kräfteverhältnisse heranzuziehen, ehe er beschränkte Volksteile zur Tragung von Sonderlasten auffordert. Dies gilt auch für eine etwaige Sonderbelastung der Wirtschaft, d. h. insbesondere des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes, der Industrie, des Handels und Bankgewerbes.

Die industrielle Wirtschaft bekennt sich zu der für jeden Bürger auferlegten Verpflichtung, für das im Staat verkörperte Vaterland

bis an die Grenzen der Tragfähigkeit

einzutreten. Das Ziel aller Bemühungen ist die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Bereitschaft zur Uebernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgesprochen werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen wie nach innen eine endgültige Lösung erfährt.

2. Im Rahmen des Gesamtproblems ist vorab zweierlei erforderlich: Erhaltung der Vollsubstanz der staatlichen Vermögensobjekte, ohne die eine gesunde Wirtschaft unmöglich ist, und aus gleichem Grunde die Wahrung der Zollhoheit. Eine sofortige Haftbarmachung der alleinigen staatlichen Pfandobjekte kann nur vor sich gehen, wenn alle Reichs- und Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen regenerierte und dauernde Betriebe werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung sogar eine Milliarde und mehr herauszuwirtschaften. Die Frage, in welchem Umfange die Privatwirtschaft nach voller Auswertung der staatlichen Pfanderobjekte als Garant eingezogen hätte, hängt in erster Linie von der Höhe der jeweiligen Jahresleistungen des Staates ab. Die Garantie der Wirtschaft für die Erfüllung ihrer Zusatzpflicht kann trotz größter Beschränkung nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte bestehen. Das Präsidium des Reichsverbandes ist der Ansicht, daß die Wirtschaft, und zwar der ländliche und städtische Grundbesitz, die Industrie, der Handel und das Bankgewerbe unter Anspannung aller Kräfte unter Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine Zusatzgarantie bis zum Höchstmaße von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von dreißig Jahren übernehmen könnte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung überschreitet die Hälfte des gegenwärtigen Verkaufswertes desjenigen gesamten privaten Immobilienbesitzes, das als Pfand dienen muß.

Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit,

40 Prozent der genannten Garantiesumme

zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsgruppen zu übernehmen. Der betreffende Maßstab der verschiedenen Wirtschaftsgruppen muß sich in Zeitabschnitten von mehreren Jahren je nach Verschiebung der Wirtschaftslage sowohl nach oben wie nach unten ändern. Insbesondere wird es erforderlich sein, den städtischen Hausbesitz innerhalb einer angemessenen Frist unter Abbau der Zwangswirtschaft wieder tragfähig zu machen, ehe er entsprechend herangezogen wird. Die Schlüsselverteilung zur Uebernahme der Lasten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen bedarf alsbaldiger Feststellung. Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen kann unseres Erachtens nur das feststehende unbewegliche Vermögen dienen. Die Verpfändung wäre durch Eintelung auf Fundus der einzelnen Sachvermögen in den Formen des deutschen Rechts auszuprechen. Die Modalitäten der Verzinsung und Amortisation hängen wesentlich von den Bedingungen für die notwendige äußere Anleihe ab.

Die Lasten derartiger Bürgschaften können von der Industrie nur übernommen werden, wenn der Staat die allgemeinen Lasten des Volkes durch äußerste Sparsamkeit im Innern möglichst verringert, und wenn das gesamte deutsche Volk, insbesondere auch die gewerklichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, ihre volle Kraft für die Abbürdung der Reparationslast im Wege der Intensivierung der Arbeit einsetzen. Nur so kann jene Aktivität der Zahlungsbilanz wieder gewonnen werden, die zur Stabilität der Währung führt. Dies insbesondere ist unbedingte Voraussetzung für langfristige Goldzahlungen eines verarmten Landes.

3. Die unter 2 genannten Verpflichtungen können nur übernommen und die daraus entspringenden Leistungen nur erfüllt werden, wenn Deutschland durch einen entsprechenden Ausschub der Zahlungen die Möglichkeit erhält, seine innere Lage zu stabilisieren, und wenn der deutschen Wirtschaft die volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Ausland und im Ausland, wie sie auch allen anderen Staaten gewährt ist, wieder zugebilligt wird. Die deutsche Wirtschaft kann ferner beim besten Willen keinerlei Verpflichtungen übernehmen und wird es niemals können, wenn nicht folgende unerläßliche Voraussetzungen in bezug auf

die innere Wirtschaftsreform

erfüllt werden, welche auch die deutsche Regierung in ihrer am 14. November 1922 an die Reparationskommission gerichteten Note im wesentlichen für notwendig bezeichnet hat: 1. Grundsätzliche Fernhalten des Staates von der privaten Gütererzeugung und -Verteilung bei schärfster Bekämpfung des Lebensmittelwuchers, mithin a) Aufhebung der Zwangswirtschaft, der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger lebenswichtiger Erzeugnisse für die Volksernährung notwendig ist, b) Aufhebung aller Demobilmachungsvorschriften und Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichteramt bei Wirtschaftsstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung. 2. Erhaltung des Betriebskapitals und Erhöhung desselben unter Bildung von Privatkapital zwecks Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe, mithin entsprechende Umgestaltung der heutigen willkürlichen Steuergesetzgebung, insbesondere der Gewerbesteuer, und Schaffung eines klaren und geregelten Steuersystems. 3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft zur quantitativen und qualitativen Hebung der Produktion, also Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundenlages, Erhöhung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrats, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes, ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen, offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundsätzen. Im anderen Falle werden alle Opfer des Volkes einschließlich der Wirtschaft fruchtlos sein und nur die letzte Hoffnung Deutschlands auf eine bessere Zukunft vernichten. Die ganze Verantwortung für einen derartigen Fehlschlag zu übernehmen, ist die Wirtschaft nicht in der Lage.

Italienische Mahnung an Amerika.

Ein Schritt in der Reparationsfrage.

Rom, 29. Mai.

Die italienische Regierung hat eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet, worin sie diese ersucht, ihren ganzen Einfluß für die Lösung der europäischen Probleme aufzubieten. Europa könne zum Wiederaufbauwerk nicht ermutigt werden, wenn sich Amerika systematisch von den europäischen Fragen fernhält.

Die Mailänder Zeitung „Sera“ schreibt: Die Verschärfung der kommunistischen Bewegung an der Ruhr und die unverhoffte Schärfe der Franzosen bei der Vornahme der Hinrichtung des deutschen Kaufmanns Schlageter hat den Konflikt derart verschärft, daß man in der Reparationsfrage in dieser Woche unbedingt einen Schritt vorwärts kommen muß. Die Hinrichtung im besetzten Gebiet in der Friedenszeit kann nicht gerechtfertigt werden und beleidigt jedes menschliche Gefühl. Belgien scheine (so schreibt das Blatt weiter) unter gewissen Zahlungsbedingungen Deutschlands bereit zu sein, sich aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen. Poincaré habe eingesehen, daß Italien nicht mehr auf seiner Seite stehe, da sie Frankreich die Folgen seines Vorgehens überlasse. Belgien habe Baris bereits zu verstehen gegeben, daß die Antwort auf die neuen deutschen Vorschläge mit England und Italien vereinbart werden müsse.

Von der Mitternacht zum Morgen.

Die Erstaufführung von Georg Kaisers Stück in zwei Teilen „Von morgens bis mitternachts“.

Sind es nicht verwandte Klänge: Hindemiths Foxtrott über den Gräbern, Kaisers Lustschreie über den zerbrochenen Gliedern der Rennfahrer auf dem Sechstage-Rennen? Die gleiche Erkenntnis- und Gefühlswelt klingt hier wie dort an, die Zerrissenheit der Zeit, Lasterhaftigkeit und zum Wahnsinn verzerrte Religiosität. Wenn man dem Dichter zugesteht, aus seiner Zeit zu schöpfen, den tollen Wirbel in sekundenzerissenen Bildern festzuhalten, dann muß man Georg Kaiser als treffenden Gestalter des Wirrwarrs anerkennen, nicht nur in diesem einen Werk, in seinen anderen mit gleicher Berechtigung. In seinem Dutzend Dramen, das ihn — neben Sternheim etwa — an die Spitze der expressionistischen Gegenwartsdichter stellt, führt der jetzt 45jährige die Linie Höhen, Wendepunkt weiter und stellt „das Talent unserer armen, herabgekommenen Zeit“ dar.

Das Unerhörte des Stückes „Von morgens bis mitternachts“ verstehen heißt — es verzeihen. Unerhört ist die Ballung stärkster Erlebnisse, der tolle Wirbel der Geschehnisse, vom Kassenraum, dem Schneefeld, dem Heim, der Tribüne des Sechstage-Rennens, der Sektdiele bis zum Saal der religiösen Wahnsinn genäherten Heilsarmee. Unerhört ist aber auch die enge Grenze, die Kaiser seinem Helden setzt; die Breite ist durchmessen in allen Stufen und auch die Tiefe — bis zum Bordell. Der einzige Ausflug in höhere Regionen ist die Erkenntnis von der Wertlosigkeit des Geldes: „Mit seinem Geld aus allen Banktassen der Erde kann man sich etwas Wertvolles kaufen.“ Und auch dieser Ausflug nimmt auf der ersten Station ein frühes Ende. Das Problem ist am Rande gestreift, doch längst nicht erschöpft. Das Drama schildert die zersetzende Macht des schnöden Mammons in unsähigen Händen, dem selbst die buhlerischen Hallelujaschwestern der Heilsarmee verfallen, es klingt aber kein Ton an von der sittlichen Kraft, die etwa — um ein naheliegendes Beispiel zu gebrauchen — einen A. H. Francke aus wenigen Gulden ein menschenbildendes Kulturwerk schaffen ließ. Kaiser schildert die Dämonie des Geldes über den, der sich unterjochen läßt, über den Spießer, der sich auch durch alle Gossen wälzen läßt, bis er im schlammigen Kanal ertrinkt. Darum kann das Drama wohl erschüttern, aber es zeigt keinen Lichtblick; es ist das Drama der Mitternacht, in die materialistisches Denken stürzt, und insofern ein Kulturspiegel, oder besser: ein Zivilisationsspiegel. Es hat wohl Zeitbedeutung, führt aber nicht über die Zeit hinaus. Und es ist auch kaum von Kaiser zu erwarten — der die Stimmungen eines Defraudanten wohl kennen muß; man erinnere sich des Münchener Prozesses —, daß er aus dieser Mitternacht zum lichtbringenden Morgen führt.

„Es war ein Kurzschluß in der Leitung.“

Es ist ein Fehlbetrag im Abschluß dieser Zeitrechnung.

Kaiser verdeckt ihn nicht, will das vielleicht auch gar nicht einmal, mit dem mystischen Kinoschluß. Im Kinotempo geht die „Handlung“ vor sich, und wie im Film sind die „Charaktere“ gezeichnet: flach und breit, ohne Vertiefung.

Man kann Kaiser hören, man soll ihn hören; wie er vom Morgen zur qualverdunkelten Mitternacht führt. Aber: „Man kann heute nur arbeiten mit Verantwortung und für die Zukunft, aber nicht für die Eitelkeit und nicht für Qualsch und Theorie“, sagt Kasimir Edschmidt.

Der Dichter, der von der Mitternacht zum lichtbringenden Morgen führt, ist Kaiser nicht; das Werk jetzt andere Kräfte voraus.

*

Vermochte die Aufführung den Kampf des Mannes, den Strudel der Zeit, die schmähliche Kapitulation des materialistischen Denkens vor seiner eigenen Unzulänglichkeit wirksam zu machen?

Die Frage ist unbedingt zu bejahen. Die Aufführung war wirksam. Wenn auch nicht alle Möglichkeiten des Stoffes sich auswuchsen. So ließe sich die Tribünenszene auf dem Radrennplatz, die am flüchtigsten angelegt schien, szenisch und darstellerisch treffender gestalten. Die „Manager“ des Rennens sollen gewiß keine verkleideten Spießer sein. Sie entbehrten trotz des Fraces eines gewissen weltmännischen Schnittes.

Die Figuren des Spiels sind mit wenigen Ausnahmen Marionetten, die gezogen werden. Das ist Absicht bei Kaiser. Vertiefung liegt bei wenigen vor; und auch hier nur scheinbar. Durra als Kassierer bot eine erschütternde Leistung. Alfred Haller als Bankdirektor hatte innerlich und äußerlich einen neuen Menschen angezogen. Das ganze Schauspiel war mit Fleiß auf dem Brettersboden tätig.

Die Mitternachtstragödie verfehlte ihre Wirkung nicht.

Fritz Rosberg.

Sinfoniekonzert der Freien Volksbühne.

Das Programm des Abends war fast durchweg aus Werken von Komponisten zusammengestellt, deren Schaffenszeit etwa in das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts fällt. In dieser Wahl des Programms, das bezweckt das Bestreben nach einer stilistischen Einheitlichkeit setzte, liegt besonders in demjenigen Falle eine gewisse Gefahr, wenn es sich um sinnlerische Erzeugnisse aus der unserer eigenen vorausgegangenen Generation handelt, welcher der Zeitgenosse erfahrungsgemäß mit besonders scharfer Kritik gegenüberzutreten geneigt ist. Gerade zu dieser Zeit pflegt ein intimeres lebendiges Verhältnis nicht mehr zu bestehen, und andererseits ist der zeitliche Abstand für eine gerechte historische Würdigung noch zu gering. Diese Tatsache dürfte auch dem gestrigen Abend ein wenig zum Schaden gereicht haben. Man empfand dies sogar bei der bekannten pathetischen Symphonie Tschaikowskis, dessen Schaffen uns eigentlich nur da noch lebensvoll berührt, wo die volkstümlichen und stimmungshaften Elemente seiner Musik zur Geltung kommen, wie es vor allem in den beiden mittleren Sätzen der Fall ist, zumal bei dem in seltenen Fünfvierteltakt geschriebenen zweiten Satz, dessen reizvolle Rhythmik und reichen melodischen Einfälle die Wirkung nicht verfehlten. Reminiszenzen an russische Volkstänze fesseln im 3. Satz, der übrigens in recht exakter schwungvoller Weise von dem grade in ihm seinem Dirigenten willig folgenden Orchester wiedergegeben wurde. Die auf das rein Gefühlsmäßige abzielenden Elemente dieser Musik sind aber in ihrem etwas verschwommenen Pathos unserem heutigen Empfinden bereits recht entrückt.

Für die Ouvertüre von Goldmark sollte im Rahmen eines halbwegs anspruchsvollen Programms kein Platz mehr zu finden sein. Ihre leere formale Glätte, ihre für heutige Ohren fast banale Harmonik und weichliche Melodik wirkten stellenweise direkt peinlich. Den reinsten Klang bildete das oft gehörte Violinkonzert in G-Moll von Max Bruch, dessen formale Ausgeglichenheit und Klangschönheit auch gestern wieder fesselte, zumal der Violinpart durch Herrn Johannes Bersteeg eine sehr gute Wiedergabe erfuhr. Die geigerischen Vorzüge unseres ersten Konzertmeisters, sein sensibler, gehaltvoller und von sentimentaler Verbrämung freier Ton, seine gediegene Technik sind ja zur Genüge bekannt. Der Violinpart erstand so in einer fast sympathisch wirkenden Schlichtheit und reinen Innigkeit der Auffassung. Das Orchester, das anfänglich Trübungen bald überwand, begleitete mit immer anschmiegsamer Anpassungsfähigkeit. In das Gebiet der Programmmusik leiteten drei recht interessante Stücke von Felix Woyrsch hinüber, dem einzigen heute noch lebenden selten gehörten Komponisten des Abends, mit dem auch zugleich die vielen Zuhörern gewiß ersehnte Hinüberführung des Programms zu moderneren Empfinden vollzogen wurde. Die Stücke, zu denen drei bekannte Böcklinsche Bilder die Anregung und auch die streng durchgeführte Anlehnung geben, interessierten durch die Feinheit und die zu einem gewissen Grade auch Originalität der kompositorischen Arbeit, durch die reizvolle Farbigkeit der Orchesterbehandlung und den zumal im mittleren des dritten Stückes, dem Eremiten, zum Ausdruck kommenden seelischen und geistigen Gehalt und Stimmungsreiz. Die drei Stücke fanden eine ausgezeichnete, auch in den Geigen klangvolle Wiedergabe durch das Orchester, das nun seinem Dirigenten, Herrn Kapellmeister Braun, mit Umsicht und rhythmischem Schwung geführt wurde.

Dr. H. G.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230529019/fragment/page=0002